



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Die Solidarität der Tat - Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit

Botschafter

Dr. Michael Reiterer

Europatag Vaduz, 10. Mai 2011

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

"Robert Schuman forderte in seiner Erklärung 1950, Europa durch «eine Solidarität der Tat zu schaffen»: Solidarität wurde so zu einem Grundpfeiler der Europäischen Union. Sie spielt innerhalb der Europäischen Union als freiwilliges Engagement für gelebte Demokratie eine wichtige Rolle, in der EU-Außenpolitik als Einsatz für die gemeinsamen Werte."

Solidarität der Tat steht im Zentrum der Europäischen Union, nicht als Selbstzweck von Gutmenschen, sondern damit die EU-Mitglieder ein gemeinsames Ziel erreichen können.

Die EU "förderst den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten" unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen.

"In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität." (Charta Präambel)

Im **Kapitel Solidarität der Charta der Grundrechte der Europäischen Union** sind u.a. folgende Rechte und Pflichten aufgelistet, die vor allem aber nicht nur das Berufsleben betreffen:

- Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen (Art. 27)
- Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen (Art. 28)
- Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst (Art. 29)
- Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung (Art 30)
- Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen
- Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz,

sowie Regelungen betreffend

Familien- und Berufsleben, Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung, Gesundheitsschutz, Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, Umweltschutz, Verbraucherschutz.

Die **Solidarität unter den Generationen** ist ein wichtiges Ziel der Union.

Allerdings haben die einzelnen Länder höchst unterschiedliche Vorstellungen von der Reichweite des Füreinander-Einstehens. Daher steht die europäische Solidarität jetzt in verschiedenen Bereichen auf dem Prüfstand und will kurz auf Asylpolitik, Energieversorgung, die Schuldenkrise, die Regionalpolitik, die Solidaritätsklausur und die Außenpolitik eingehen und mit ein paar Gedanken zum bilateralen Verhältnis Liechtenstein – EU enden:

Asylpolitik und Solidarität

In der **Flüchtlingsfrage** ist „gesamteuropäische Verantwortung“, Solidarität mit den Flüchtlingen, die unter Lebensgefahr nach Europa reisen - wenn man diesen Ausdruck verwenden kann - gefordert. Gefragt sind mehr Solidarität in der Verteilung von AsylwerberInnen, Rechtsschutz, Regelungen für Familiengemeinschaft bei AsylwerberInnen

d.h. Anerkennung des Grundrechts auf Grundrecht auf Privat- und Familienleben auch für Flüchtlinge und Asylanten.

"Sie stellt sicher, dass Personen an den Binnengrenzen nicht kontrolliert werden, und entwickelt eine gemeinsame Politik in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Kontrollen an den Außengrenzen, die sich auf die Solidarität der Mitgliedstaaten gründet und gegenüber Drittstaatsangehörigen angemessen ist." Art. 67

Durch die jüngsten Ereignisse in Tunesien und Libyen ist diese Solidarität z.T. in Frage gestellt worden: Die zuständige Kommissarin, *Frau Malmström*, erklärte dazu:

„Um die Stabilität des Schengen-Raums zu schützen, könnte es nötig sein, für sehr außergewöhnliche Situationen die vorübergehende Wiedereinführung von begrenzten internen Grenzkontrollen zu planen“. Gleichzeitig warnte *Malmström* vor Populismus und Missverständnissen in dieser Frage: „Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger.“ Die Kommission wird dazu in Kürze konkrete Vorschläge machen.

Auch wenn kurzfristig die Aussengrenzen besser zu schützen sind, langfristig kann nur Abhilfe geschaffen werden, wenn die Situation in den betroffenen Ländern sich verbessert: politisch, durch die Einführung von Demokratie, wirtschaftlich, um der jungen Generation eine Zukunftsperspektive im eigenen Land zu geben.

Solidarität in der Energieversorgung

"Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission unbeschadet der sonstigen in den Verträgen vorgesehenen Verfahren im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten über die der Wirtschaftslage angemessenen Maßnahmen beschließen, insbesondere falls gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren, vor allem im Energiebereich, auftreten." (art 122)

Die Energiepolitik der Union verfolgt im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarkts und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt folgende Ziele (Art 194)

Schuldenkrise und Solidarität:

Griechenland und Portugal werden in ihrer Finanz nicht allein gelassen. Die Meisterung dieser Probleme liegt schließlich im nationalen Interesse aller. Doch erst einmal sind die Mitgliedstaaten selbst gefordert. Eine strenge Haushaltsdisziplin, Schuldenbremsen, sowie die Einhaltung der Maastricht-Kriterien sind unabdingbare Voraussetzungen – Verstöße müssen über kurz oder lang Konsequenzen zur Folge haben.

Europäische Rettungspakete für überschuldete Länder, ohne einen '*moral hazard*' heraufzubeschwören sind zu schnüren, Anpassungen in der Politik zu machen. Ein gewisses Ausmaß an Transferzahlungen ist richtig und wichtig, wie die Regionalpolitik zeigt, auf die ich gleich zu sprechen komme. Eine breit aufgestellte europäische Transferunion im Sinne einer Umverteilung kann jedoch nicht das Ziel sein, die Bürger der Union würden dies nicht billigen.

Regionalpolitik und Solidarität

In Nicht-Krisen-Zeiten ist die Regionalpolitik Ausdruck der **Solidarität** unter den Mitgliedstaaten, einer Kernidee der europäischen Einigung. Mitgliedstaaten sind aufgerufen für den Ausgleich innerhalb ihres Staates zu sorgen, die Union ist gefordert diesen Ausgleich auf europäischer Ebene herzustellen.

Es ist kein Geheimnis, dass die Erweiterung der Union auf 27 diese Solidarität einer Prüfung unterzieht, denn wenn ein nahezu gleich groß bleibender Kuchen durch 27 statt 15 geteilt wird, müssen entweder die Stücke kleiner werden oder einige auf ihren Anteil ganz verzichten.

Als Bindeglied und Solidaritätskitt ist die Regionalpolitik damit auch eine persönlich erfahrbare Auswirkung, eine Art menschliches Gesicht des Binnenmarktes: Sie hatte ihren Wachstumsschub nach 1992, dem Jahr des Binnenmarktprogrammes, und wächst seither kontinuierlich an: von nur 5% des Budgets im Jahr 1992 auf 36% gemäß dem Plan für den Zeitraum 2007-2013. Dies entspricht Ausgaben in Höhe von 350 Milliarden Euro über einen Zeitraum von sieben Jahren. Damit ist die Regionalpolitik, mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Kohäsion, der zweitgrößte Budgetposten nach der Gemeinsamen Agrarpolitik, deren Ausgaben tendenziell zurückgehen.

Dennoch wird von manchen kritisiert, dass der Anteil am europäischen BSP zu gering sei, um einen deutlichen makro-ökonomischen Einfluss zu haben. Bei diesem Argument darf nicht übersehen werden, dass das Gesamtbudget der Union derzeit auf 1,27% des europäischen BIP begrenzt ist und diese Ermächtigung nicht vollständig ausgenutzt wird.

Solidaritätsklausel

"Die Union und ihre Mitgliedstaaten handeln gemeinsam im Geiste der Solidarität, wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist." (Art 222) Diese kam beispielsweise bei den Überschwemmungen in Polen im letzten Jahr zur Anwendung.

Solidarität in der Außenpolitik:

Verlässlichkeit und Solidarität als Teil der EU-Aussenpolitik:

"Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der **Grundsatz der Solidarität** sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts."

Die Union verfolgt, bestimmt und verwirklicht im Rahmen der Grundsätze und Ziele ihres auswärtigen Handelns eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auf einer Entwicklung der **gegenseitigen politischen Solidarität** der Mitgliedstaaten, der Ermittlung der Fragen von allgemeiner Bedeutung und der Erreichung einer immer stärkeren Konvergenz des Handelns der Mitgliedstaaten beruht.

Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der **gegenseitigen Solidarität** und achten das Handeln der Union in diesem Bereich.

Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um ihre gegenseitige **politische Solidarität** zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.

Wir bereits erwähnt ist derzeit Solidarität mit den Demokratiebewegungen des arabischen Frühlings zum Aufbau demokratischer Institutionen gefordert.

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Frau Ashton, und der gemeinsame europäische diplomatische Dienst haben die Aufgabe, auf Konsistenz und auch Solidarität der EU-Außenpolitik hinzuarbeiten.

Solidarität im Alltag: das Europäische Jahr der Freiwilligkeitätigkeit

Engagement und Aktivitäten können in vielen Bereichen ausgelebt werden: in der Familie bzw. dem Bekanntenkreis der Firma oder in den Vereinen, um nur einige zu nennen. Die Tanzvorführung, die wir eingangs gesehen haben, legt davon Zeugnis ab. Die wichtigsten Felder des Engagements sind Kultur, Sport, Kirche, Hilfsdienste, Politik, Soziales, Umwelt und Bildung. Damit werden sie nicht nur Schule der Demokratie sondern sind in vielen Bereichen gesellschaftspolitisch von großer Bedeutung: die soziale Infrastruktur würde ohne freiwillig erbrachte Leistungen schwer leiden. Die Förderung und Würdigung von freiwilligem Engagement und Aktivitäten sind deshalb von großer Bedeutung. Laut einer im März 2010 publizierten Studie der Europäischen Kommission üben rund 22 Prozent der Menschen über 15 Jahre eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Analysen zeigen, dass rund 94 Millionen Erwachsene im freiwilligen Sektor tätig sind.

Das **Europäische Jahr der Freiwilligkeitätigkeit**, dessen Logo unsere Einladungskarte zierte, will die Wichtigkeit dieses ehrenamtlichen Engagements unterstreichen und fördern. Das Ehrenamt zeichnet den aktiven Bürger aus, fördert den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Entwicklung, eine Schule des "grass roots engagement", wie wir so schön auf Neu-Deutsch sagen.

Wie Sie sehen, ist Solidarität ein weiter aber zentraler Begriff, mit dem wir den Bogen von der gesellschaftlichen Entwicklung bis hin zur Außenpolitik und wieder zurück in den Alltag gespannt haben.

Solidarität von Liechtenstein

So sind wir bildlich gesprochen in Vaduz angekommen und ich möchte daher zum auf unsere bilateralen Beziehungen eingehen. Diese sind vom EWR geprägt, was uns eine andere Qualität der europapolitischen Diskussion im Vergleich zu Nicht-EWR Mitgliedern erlaubt. Den EWR haben die 27 Mitgliedstaaten der EU im Dezember 2010 insgesamt sehr positiv bewertet:

"Island, Liechtenstein und Norwegen sind durch das EWR-Abkommen von 1994 in den Binnenmarkt integriert. Das Abkommen funktioniert reibungslos, solange alle Vertragsparteien den relevanten Binnenmarkt-Besitzstand der EU in vollem Umfang in ihr einzelstaatliches Recht umsetzen. Der Rat begrüßt, dass die EWR-Länder den Besitzstand stets äusserst korrekt und regelmässig in ihre einzelstaatlichen Rechtsvorschriften übernommen haben, und bittet sie, weiterhin so zu verfahren, damit die Homogenität des Binnenmarktes gewahrt bleibt."

In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat den positiven Bericht, den die Regierung Liechtensteins anlässlich des 15. Jahrestags der Mitgliedschaft im EWR veröffentlicht hat und hebt die Leistung des Fürstentums speziell hervor:

"Angesichts der begrenzten Humanressourcen Liechtensteins ist zu würdigen, mit welcher Schnelligkeit das Land in den meisten Bereichen das Recht der Europäischen Union übernommen und seine Rechtsvorschriften entsprechend der Entwicklung des EU-Besitzstands regelmässig aktualisiert hat."

Die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Liechtenstein werden von den EU Mitgliedstaaten gesamthaft gewürdigt und positive Entwicklungen in mehreren Bereichen herausgestrichen.

Daher

"... begrüßt der Rat, dass das Fürstentum sich verpflichtet hat, die OECD-Standards für Transparenz und Informationsaustausch in Steuersachen umzusetzen und Betrug zu bekämpfen... [Der Rat] erwartet, dass diese Verpflichtungen in den Beziehungen zwischen Liechtenstein und der EU und allen ihren Mitgliedstaaten rasch und konsequent umgesetzt werden.

[Weiters]... begrüßt der Rat die Aufgeschlossenheit Liechtensteins für die Aufnahme von Verhandlungen über eine Änderung des Abkommens über die Besteuerung von Zinserträgen zur Berücksichtigung der Entwicklung des entsprechenden EU-Besitzstands, sobald die EU Einvernehmen über den endgültigen Text der überprüften Zinsertragsrichtlinie erzielt hat."

Die angeregten Beratungen mit der EU über die Anwendung der Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex der EU für die Unternehmensbesteuerung werden fortgesetzt. Die Reform der Steuergesetzgebung wurde ebenfalls begrüßt und derzeit inhaltlich geprüft – ich sehe keine Wolken am Horizont.

Last but not least, sieht der Rat es positiv, dass in Verfolg von Entscheidungen der EFTA Überwachungsbehörde in Bezug auf die Definition staatlicher Beihilfe gemäss dem EFTA Abkommen, vor allem im Finanzbereich, Prüfungen vorgenommen werden.

Bevor ich meine Ausführungen mit einem letzten Zitat aus den Schlussfolgerungen des Rates (fast) beende, möchte ich Ihnen liebe Gäste und insbesondere Ihnen, Herr Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, danken, dass Sie jedes Jahr Ehrengast des Europatages sind und uns Ihre Gedanken darlegen. Gefreut hat mich auch der persönliche Anruf von Frau Regierungsräatin Dr. Aurelia Frick, die es bedauert, wegen einer Auslandsreise – wie es sich für eine Aussenministerin gehört – nicht mit uns sein kann.

Im Sinne des Themas der Solidarität und des freiwilligen Engagements, schätzt der Rat "die Solidarität mit der EU, die das liechtensteinische Volk unter Beweis gestellt hat, als es sich verpflichtete, im Zeitraum 2009-2014 weiter zur Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte im EWR beizutragen und seinen Beitrag aufzustocken."

Ein 'aller-aller' letztes Wort: Für mich persönlich steht nicht der damit verbundene Betrag im Vordergrund, sondern die Haltung die dahinter steckt, denn das Projekt Europa ist mehr als Geld, sondern es ist eine politische Idee, für die einzusetzen es sich im Geiste der Solidarität lohnt. Dafür danke ich Ihnen persönlich.